

Erklärung von Wolfgang Schüssel zur Europäischen Verfassung (Wien, 28. Juni 2004)

Quelle: Erklärung Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Nationalrat. [ONLINE]. [Wien]: Bundeskanzleramt Österreich, [13.05.2005]. Disponible sur <http://www.bundeskanzleramt.gv.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3334&Alias=bka>.

Urheberrecht: © Federal Chancellery 2004, unit I/4/b

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_wolfgang_schussel_zur_europaischen_verfassung_wien_28_juni_2004-de-53b34c67-4a7a-479d-9a49-b0bf66d1c341.html

Publication date: 19/12/2013

Erklärung Bundeskanzler Wolfgang Schäussel im Nationalrat (28. Juni 2004)

Herr Präsident! Hohes Haus! In diesen Wochen werden in Europa sehr viele und sehr bedeutsame Weichen gestellt. Am 1. Mai konnten wir die Wiedervereinigung Europas mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten begrüßen. Zum ersten Mal haben vor zwei Wochen die Völker Europas – immerhin haben 156 Millionen Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht – in Freiheit ein gemeinsames Parlament gewählt.

Vor einer Woche konnten wir im Europäischen Rat in Brüssel die erste Europäische Verfassung beschließen – und morgen fällt die Entscheidung über die Führung der Union in den kommenden fünf Jahren: über den Kommissionspräsidenten, den Außenminister und den Generalsekretär.

Meine Damen und Herren! Was da geschieht, ist tatsächlich historisch, gerade auch, wenn man das in einem längeren historischen Zeitraum sieht. Heute vor 90 Jahren jährt sich der Tag, an dem der österreichische Thronfolger und seine Frau in Sarajewo ermordet wurden. Europa wurde damals in Brand gesetzt: Der 1. Weltkrieg war die Folge. Eine unglaubliche Instabilität, besonders in Mitteleuropa, folgte. – Und der 2. Weltkrieg war eine Mitfolge dieser Ereignisse.

Erst jetzt beginnen wir – mühselig, schwierig und unter Schmerzen –, diese Spannungen, diese Probleme zu überwinden. Ich finde, es tut uns ganz gut, wenn wir auch manchmal den Blick über Österreich hinaus richten und versuchen, das Ganze zu sehen.

Wozu braucht man überhaupt diese Verfassung? Karl Renner hat vor fast 100 Jahren, wenige Meter von hier entfernt, im österreichischen Reichsratssaal wörtlich gesagt: Die Nationen werden immer streiten, aber das Entscheidende ist, ob sie mit Heugabeln, durch gegenseitiges Einschlagen der Fenster oder auf Grund gewissermaßen eines Grundbuchs streiten. – Zitatende.

Meine Damen und Herren! Dieses „Grundbuch“ liegt nun als Verfassung für fast 500 Millionen Bürger der Europäischen Union vor. Um diese Verfassung haben sich sowohl Europas Parlamentarier im Konvent als auch die 25 Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten bemüht. – Jetzt müssen die Volksvertreter und die Bürger überzeugt werden. Das wird nicht ganz einfach sein, denn viele Wünsche an diese neue Verfassung sind nicht so ohne weiteres erfüllbar. Diese Verfassung sollte für jeden Volksschüler verständlich sein, hat Präsident Giscard d’Estaing gesagt. Ist sie das? – Manches ja, würde ich sagen; manches ist ganz einfach zu kompliziert. Aber manches ist verständlich.

Die Grundziele der Union: Vollbeschäftigung, soziale Marktwirtschaft, Umweltschutz, kulturelle Vielfalt oder die 54 Artikel der Grundrechtscharta für jeden Bürger, versteht man. Die Meinungsfreiheit ist garantiert, es gibt das Verbot der Todesstrafe, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und soziale Grundrechte. – All das ist einklagbar beim Europäischen Gerichtshof.

Europas Bürger werden selbst Vorschläge einbringen können. 1 Million Unterschriften genügt, damit sich die Institutionen Europas, also Parlament und Kommission, damit auseinandersetzen müssen.

Auch die Institutionen werden klarer geordnet. An der Spitze Europas werden künftig neben einem Kommissionspräsidenten ein länger amtierender Präsident des Europäischen Rates und vor allem auch ein europäischer Außenminister stehen, der von einem gemeinsamen diplomatischen Dienst unterstützt wird. – Henry Kissinger hat einmal gesagt: Er hat keine Telefonnummer, die er anrufen könnte! – Da ist sie: Es gibt einen europäischen Kommissionspräsidenten und einen europäischen Außenminister.

Nicht unwichtig, sondern bedeutsam in der Demokratie ist, dass das Europäische Parlament gewaltig aufgewertet wird. Fast alle Entscheidungen – 95 Prozent sind es – werden eine gleichberechtigte, stimmberechtigte Mitentscheidung des Europäischen Parlaments mit sich bringen.

Österreich ist es gelungen, neben all diesen allgemeinen Punkten einige sehr wesentliche nationale Anliegen, die für uns wichtig sind, hineinzuverhandeln und so den Konventtext zu verbessern, wie etwa dass

unser Wasser oder die kommunalen Dienste – dazu gehören die Sozialleistungen, die Gesundheitsversorgung, die Entsorgung in der Gemeinde und der Verkehr – unter unserer Kontrolle bleiben und durch die Kommunen selbst finanziert werden können, dass die Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten im Verfassungsvertrag garantiert ist, dass Minderheitenschutz und Tierschutz im Europäischen Verfassungsvertrag fest verankert werden, dass auch in heiklen Fragen die Einstimmigkeit bleibt, wie etwa in der Finanzvorschau oder bei der Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft oder in der Frage der Preisstabilität, die neu in den Zielkatalog aufgenommen wurde.

Die Kommission wird gestärkt beim Defizitverfahren gegenüber dem Status quo. Eine gemeinsame Erklärung von Deutschland und Österreich, der sich übrigens am ersten Tag bereits die irische Ratspräsidentschaft angeschlossen hat, eine Euratom-Revisionskonferenz durchzuführen, trägt unsere Handschrift und ist ein großer Erfolg unserer Außenministerin.

Meine Damen und Herren! Da ist ein maßvoller Kompromiss gefunden worden. Natürlich gibt es einige, die sagen, es wäre wichtiger, überhaupt keine einstimmigen Entscheidungen mehr zu haben, man kann immer mit Mehrheit rascher entscheiden. Das stimmt. Aber es gibt zwei Prinzipien. Es muss auch Rücksicht genommen werden auf die Nationalstaaten und deren Besonderheiten. Außerdem werden die Entscheidungen leichter, denn wir haben nun mehr Mehrheitsabstimmungen, 25 Themen etwa benötigen bei der Abstimmung nicht mehr das Einstimmigkeitsprinzip, sondern die Mehrstimmigkeit. Aber zugleich können kleine Staaten, wenn sie zusammenarbeiten, nicht so leicht übergangen werden.

Wir haben eine Koalition der gleich gesinnten Länder – sowohl kleinere als auch mittlere – von Anfang bis zum Ende dieser Konventsverhandlung und der Verfassungsverhandlung verfolgt und mitgetragen, und dabei sind eigentlich sehr wichtige Erfolge zu Stande gekommen: Die Zahl der Mindestsitze im Europaparlament ist von vier auf sechs erhöht worden. Das größte Land – ich danke auch dem Verständnis Deutschlands – verliert sogar drei Sitze. Das ist ein wichtiger Schritt für die ganz Kleinen.

Die Spanier und die Portugiesen wollten, dass die Bevölkerung stärker gegenüber dem Konventstext berücksichtigt wird. Es ist so, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung eine Entscheidung blockieren kann. Wir verstehen das. Aber auf der anderen Seite muss auch jede Entscheidung die klare Mehrheit der Mitgliedstaaten hinter sich haben. Der Konvent war von 13 Mitgliedstaaten ausgegangen, wir sind heute bei 15 Mitgliedstaaten beziehungsweise 55 Prozent. Und das hat immerhin sichergestellt, dass das Stimmgewicht Österreichs weitaus besser gewahrt bleibt, als etwa noch im Konventstext vorgesehen war, daher ist das für uns voll akzeptabel.

Wir haben die Rolle der nationalen Parlamente mit der Subsidiaritätskontrolle deutlich gestärkt. Es gibt erstmals eine Bremse, wenn das Subsidiaritätsprinzip unterdrückt oder vernachlässigt werden soll. Ein Drittel der nationalen Parlamente kann gegenüber der Kommission aktiv werden.

Meine Damen und Herren! Kompliziert wird natürlich manches sein, denn auch ich verstehe nicht ganz – der deutsche Botschafter sitzt oben auf der Galerie –, wie das Abstimmungsverhalten zwischen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss genau funktioniert, trotzdem ist Deutschland eine exzellente Demokratie. Manches hier ist für Insider, für Geschäftsordnungsexperten überhaupt keine Frage, für den Bürger hingegen ist es wahrscheinlich nicht unbedingt ein Muss, dies alles zu wissen.

Bedeutsam für uns war: Jetzt haben die großen Staaten zwei Kommissare, die mittleren und kleinen einen. In Hinkunft wird es einen Kommissar pro Mitgliedsland geben. Es sind alle Versuche abgewehrt worden, eine Hierarchisierung durchzusetzen oder gar den größeren Ländern ständige Kommissare und den kleineren rotierende, quasi wechselnde Besetzungen zuzuweisen. Für zehn Jahre gilt dieses Prinzip, und es kann einstimmig verlängert werden. Wenn es sich bewährt, ist das, so glaube ich, ein gutes Argument, wenn nicht, dann kann man automatisch bei völlig gleichberechtigter Rotation auf zwei Drittel zurückgehen.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Woche später das Personalpaket entschieden. Auch Regierungschef sind Normalsterbliche und haben halt nicht zwei komplizierte Themen auf einmal geschafft. Aber jetzt gibt es eine überwältigende Mehrheit, fast einstimmige Zustimmung für Jose Manuel Barroso,

den neuen Kommissionspräsidenten, der die Kommission für die nächsten fünf Jahre führen wird.

Eines möchte ich hier sagen, weil ich ihn gut kenne: Viele Jahre lang hat er mit der Europäischen Volkspartei zusammengearbeitet und ist seit zwei Jahren Regierungschef. Es ist immer das gleiche Spiel: Kaum kommt jemand, dann wird sofort an ihm herumgekratzt: kein Charisma, nichts durchgesetzt, Schwierigkeiten zu Hause und so fort.

Jose Manuel Barroso ist ein langjähriger Profiaußenpolitiker, der den Frieden in Angola mit großen Mühen zu Stande gebracht hat. Er hat vor zwei Jahren sein Land übernommen und das dramatische Budgetdefizit deutlich reduziert, er hat die überbordende Verwaltung reduziert und Leadership und Führungsqualität bewiesen. Dass er jetzt eine hervorragende Fußballeuropameisterschaft organisiert hat, gehört zwar nicht hier her, ist aber auch ein Punkt, der den Portugiesen insgesamt ganz gut gefällt. Im Halbfinale sind sie außerdem noch.

Ich würde daher dafür plädieren, dass man diesem Mann jedenfalls einen Vertrauensvorschuss gibt, denn Vertrauen, Unterstützung von allen Seiten wird die Kommission brauchen, gerade im Interesse der kleineren und mittleren Länder. Nachdem seine Wahl auch dem Mehrheitswillen der europäischen Bevölkerung entspricht, wird er die volle Unterstützung Österreichs genießen.

Gleiches gilt für den neuen Außenminister Europas Javier Solana. Er ist ein bewährter Mann, er ist Sozialdemokrat, ich kenne ihn seit vielen Jahren. Ich habe mit ihm noch als Außenminister sehr gut zusammengearbeitet. Ich freue mich auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit ihm unter neuen Auspizien! Er wird jetzt beides sein: beauftragt von den Regierungen im Rat und zugleich innerhalb der Kommission, und das ist, so glaube ich, eine sehr vernünftige Kooperation.

Mein Dank gilt den vielen Ländern, die mit uns zusammengearbeitet haben, und der Außenministerin, die vor allem die Mitteleuropäische Partnerschaft zum ersten Mal zum Leuchten gebracht hat. Das hat wirklich gut funktioniert. Danke daher an die Außenministerin, an das Team im Außenressort und im Bundeskanzleramt, an die Konventsmitglieder und an die Parlamentarier, die uns permanent hier unterstützt haben.

Hohes Haus! Ich bitte Sie daher, den Text dieser Verfassung, der in etwa einem Monat autorisiert und von den Rechtsexperten geprüft vorliegen wird, zu unterstützen. Ich bitte Sie nach der Unterzeichnung, die wahrscheinlich im Oktober in Rom stattfinden wird, diesen Vertrag so früh als möglich zu ratifizieren. Mit dieser Verfassung wird die Europäische Union tatsächlich ihrer Rolle im größeren Europa und in der Welt gerecht werden.

Meine Damen und Herren! Wir werden Ihnen aber auch gleichzeitig eine Umbildung der österreichischen Bundesregierung vorschlagen. Zwei Kollegen sitzen neu auf der Regierungsbank. Das sind Frau Mag. Karin Miklautsch, die ab sofort das wichtige Justizministerium leiten wird, und Herr Abgeordneter zum Nationalrat, Mag. Eduard Mainoni, der als Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie arbeiten wird.

Aus dem Regierungsteam ausgeschieden sind der bisherige Justizminister Dr. Böhmdorfer und der Staatssekretär im Gesundheitsministerium Universitätsprofessor Dr. Reinhart Waneck. Ich möchte beiden Ausgeschiedenen sehr herzlich danken. Sie waren mehr als vier Jahre hindurch in diesem Team und haben gute Arbeit für Österreich geleistet. Was mich besonders freut, ist, dass das auch die Opposition mittlerweile eingesehen hat und hier Lob nachgerufen hat. Nur: Manchmal ist es besser, auch ein bisschen im Voraus Vertrauen zu schenken, als nachher zu sagen, es war eigentlich eh alles super. – Vielleicht können wir es bei den neuen Kollegen so halten, meine Damen und Herren.

Politik ist nicht einfach, das wissen wir alle, die hier sitzen. Niemand kommt als Minister, als Staatssekretär, als Regierungschef oder als Abgeordneter auf die Welt, das muss man sich aneignen. Man hat eine gewisse Fähigkeit dazu, Neugier, fachliche Kompetenz und auch politisches Networking – alles das gehört dazu. Aber zunächst einmal geht es darum, die erfolgreiche Arbeit, die vor 16 Monaten mit dieser

Bundesregierung mit der Angelobung begonnen hat, weiterzuführen.

Es ist sehr viel weitergebracht worden, meine Damen und Herren! Ein großer Teil des Regierungsprogramms dieser Legislaturperiode ist bereits erledigt oder in Umsetzung, und all jene, die jetzt den Stillstand beklagen, sind genau diejenigen, die noch vor einigen Wochen das Tempo, das zu hohe Tempo beklagt haben. Wie hätten Sie es denn gern?

Allein in diesem ersten Halbjahr haben wir eine Steuerreform mit 3 Milliarden € Entlastung beschlossen. Eine Entlastung für alle Steuerzahler und für die Arbeitsplätze! Zweieinhalb Millionen Österreicher sind steuerbefreit. Die Familien werden gefördert, Standort und Arbeitsplätze gesichert.

Wir haben vor wenigen Wochen ein europaweit einmaliges Bundes- Tierschutzgesetz – danke dafür – einstimmig verabschiedet. – Ein Mustergesetz, in dem die Tiere erstmals als fühlende Geschöpfe anerkannt, und nicht mehr als Dinge oder Sachen betrachtet werden und in dem wir auch auf die Bedürfnisse der kleineren Familienbetriebe in der Landwirtschaft Rücksicht genommen haben. Dieses Gesetz wird bereits jetzt international sehr beachtet, und ich hoffe, auch kopiert.

Oder: Strafrechtsprozessreform. – Jahrzehntlang ein Thema, jetzt ist es Gesetz! Der Staatsanwalt ist der Herr des Vorverfahrens, die Sicherheitsbehörden arbeiten zu, Verbesserungen des Rechtsschutzes und des Opferschutzes sind selbstverständlich.

Oder: Elternteilzeit. – Ein Gesetz, das es in dieser Form nirgends auf der Welt gibt. Ein Gesetz, wodurch die Vereinbarkeit Beruf und Familie endlich Praxis wird, wobei auch die Anliegen der Familien und der Wirtschaft, die ja unterschiedlich sein können, in einer guten Art und Weise verbunden werden konnten.

Oder – siehe letzte Plenumssitzung –: die großartige Reform, völlige Neuordnung der Forschungslandschaft. – Ein Meilenstein, von breiter Mehrheit, inklusive der Grünen als Oppositionspartei, mitgetragen, jahrzehntlang diskutiert, jetzt Gesetz! Professor Felderer vom IHS hat gesagt, wir seien in diesem Bereich mittlerweile einer der attraktivsten Standorte in Europa geworden.

Oder nehmen Sie als Beispiel die Bundesbahnreform! – Inklusive Dienstrecht gab es hier eine Einigung – vor einem Jahr begonnen, jetzt abgeschlossen –, eine Einigung unter der kundigen Führung des Vizekanzlers, an der die ÖBB- Führung, der Vorstand, die Gewerkschaft und das Ministerium mitgewirkt haben, und damit ist das Unternehmen im Wettbewerb der Verkehrsträger wesentlich besser gestellt.

Oder: Vor einer Woche erfolgte die Präsentation der Bundesheer- Reformkommission unter der kundigen Führung von Professor Helmut Zilk. – Die ganz große Umbaureform des Bundesheeres zu einer modernen, zeitgenössischen Armee mit vielen Empfehlungen, die vorigen Freitag vom Nationalen Sicherheitsrat bereits einstimmig angenommen worden sind! Wer sagt, hier herrsche Stillstand, der überliest oder übersieht bewusst, was hier alles gelaufen ist.

Oder: „Team 04“, die andere Baustelle im Sicherheitsapparat. – Bundesminister Strasser hat ein Konzept für die seit Jahrzehnten überfällige Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie erarbeitet. Der Probetrieb läuft bereits, meine Damen und Herren, Mitte 2005 wird der Vollbetrieb vollzogen sein. Ziel ist es, einen effizienten Personaleinsatz für die Sicherheit im Interesse der Bürger zustande zu bringen. Wir machen das!

Das Gleiche gilt für die Pensionsreform und -harmonisierung. – Vor einem Jahr erfolgte die Angleichung an die demographische Entwicklung durch das Hinaufsetzen des Frühpensionsalters, jetzt verhandelt wird die notwendige, gerechte Harmonisierung sämtlicher Pensionssysteme. Wir sind sehr gut unterwegs, haben, wie ich glaube, 20, 25 Sitzungen mit den Sozialpartnern abgehalten, und wir sind so weit, dass wir wirklich hoffen, noch vor der Sommerpause die Inhalte präsentieren zu können.

Meine Damen und Herren! Von Reformstillstand kann keine Rede sein! Die neuen Kollegen kommen in ein voll arbeitsfähiges und auf Hochdruck arbeitendes Team hinein. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihnen. Ich wünsche ihnen Kraft, Erfolg und auch Glück in ihrem Ressort und hoffentlich auch ein wenig

Vorschusslorbeeren von Seiten der Opposition und von Seiten der Regierungsparteien.

Die Arbeit ist nicht weniger geworden. Wir sind soeben den Finanzausgleich angegangen, sind mittendrin in der Gesundheitsreform, die Budgeterstellung für die nächste Zeit wird im Sommer beginnen. – Drei wichtige Vorhaben, und die neuen Regierungsmitglieder sind eingeladen, daran mitzuarbeiten.